



Presseinformation

Nr. 418 / 2012

Kiel, Montag, 5. November 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Koalitionsausschuss

Christopher Vogt: Sozialdemokraten kämpfen gegen die eigenen Beschlüsse

Zu den Beschlüssen des Koalitionsausschusses erklärt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Mit den Ergebnissen des Koalitionsausschusses können wir insgesamt gut leben. Insbesondere die überfällige Abschaffung der unsinnigen Praxisgebühr, die Besserstellung von Geringverdienern bei der Rente und das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2014 halten wir für richtig. Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ist in Verbindung mit generationengerechten Haushalten die Politik, für die wir 2009 angetreten sind.

Die von SPD und Grünen eingeführte Praxisgebühr hat die erhofften Effekte nicht auslösen können und wurde lediglich zum Synonym für unnötige Bürokratie. Die FDP-Landtagsfraktion hat die Abschaffung der Praxisgebühr immer gefordert, und auch SPD und Grüne haben ihren Fehler zuletzt eingesehen. Es freut uns, dass nun auch die Union von den guten Argumenten überzeugt werden konnte.

Die Entscheidung, weitere 750 Millionen Euro in den Verkehrsetat umzuschichten, um damit vorrangig Neubauprojekte zu forcieren, ist für Schleswig-Holstein sehr erfreulich. Die FDP-Landtagsfraktion hat dies immer gefordert und sieht diese Maßnahme als Schritt in die richtige Richtung an. Eine gut ausgebaute und intakte Verkehrsinfrastruktur ist von großer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die Landesregierung muss jetzt alles daran setzen, dass Schleswig-Holstein von diesen Investitionsmitteln profitieren wird, damit wir unsere Defizite bei der Verkehrsinfrastruktur schnellstmöglich beseitigen können.

Ebenso positiv ist aus unserer Sicht die beschlossene Überarbeitung des EEG, mit der den Fehlentwicklungen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien entgegen gewirkt werden soll. Es ist auch völlig richtig, dass sich der Koalitionsausschuss wieder regelmäßig treffen wird. Das erspart zukünftig hoffentlich quälend lange Diskussionen in der Öffentlichkeit.

Dem Betreuungsgeld der Union stehen wir aus finanz- und sozialpolitischen Gründen weiterhin ablehnend gegenüber. Es ist jedoch positiv zu bewerten, dass die FDP ihre Bedingungen durchsetzen konnte, so dass das Betreuungsgeld erst später kommen und mit einer Bildungskomponente versehen wird. Es war immer klar, dass das Betreuungsgeld das Lieblingskind der Union ist und es hier nur einen Kompromiss geben kann.

Absolut lächerlich ist dagegen, dass nun ausgerechnet die SPD die FDP wegen des Kompromisses beim Betreuungsgeld scharf attackiert. Ich möchte Herrn Stegner daran erinnern, dass die SPD das Betreuungsgeld 2008 gemeinsam mit der Union gesetzlich verankert hat. Wenn die SPD jetzt dagegen klagen will, ist das ihr gutes Recht.

Die SPD kämpft mittlerweile aber fast nur noch gegen die eigenen Beschlüsse der eigenen Regierungszeit, die ja noch gar nicht so lange zurückliegt.“